

afrika-bulletin

.....
Nummer 165

Feb. / März 2017
Fr. 5.- / Euro 5.-



Aktuelle Brennpunkte: Äthiopien, Mozambique, Zimbabwe



Editorial

Die vorliegende Ausgabe des Afrika-Bulletins befasst sich mit drei Ländern, die aktuell Brennpunkte in Afrika darstellen. «Brennpunkt» kann Verschiedenes bedeuten: das Zentrum des Interesses, das Zentrum einer politischen Entwicklung, oder ein Ort, an dem etwas glimmt und schmort, sich aber noch nicht entzündet hat. Dies trifft auf alle drei Länder zu, auf die wir hier eingehen: Äthiopien, Mozambique und Zimbabwe.

Äthiopien galt ja lange als wirtschaftlicher Musterknabe mit stabilen Verhältnissen. Ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum suggerierte, das Land sei auf dem Pfad zum Erfolg. Das Land hat sich ausländischen Investitionen weit geöffnet und auch riesige fruchtbare Landstriche an ausländische Investoren verkauft mit den einschlägigen negativen Folgen, wie etwa der zwangsweisen Umsiedlung der einheimischen Bevölkerung. Politische Unzufriedenheit führte im vergangenen Jahr zu Massenprotesten, bei denen Hunderte von Personen den Tod fanden. Der Äthiopier Baalu Girma – es handelt sich um ein Pseudonym – analysiert die aktuelle Lage und fragt, weshalb diese Proteste überhaupt möglich sind, wenn doch die regierende Partei mit über 99 Prozent aller Stimmen gewählt wurde und das Wirtschaftswachstum stolze elf Prozent beträgt.

Mozambique ist der zweite Brennpunkt: Hier glimmt einerseits seit Jahren der von der Renamo geführte militärische Kleinkrieg gegen die Zentralregierung (respektive er flackert wieder neu auf), andererseits ist das einst für seine wirtschaftliche Entwicklung gelobte Land pleite. Aktuell steht Mozambique wegen eines Milliardenkredits, der geheim und ohne parlamentarische Debatte vom Staat garantiert wurde, im Scheinwerferlicht. Elísio Macamo fragt, ob wir die richtigen Fragen stellen, um das Problem zu erfassen.

Und schliesslich Zimbabwe: Im früheren Brotkorb des südlichen Afrikas herrscht der jahrzehntelange Blues noch immer an. Wirtschaftlich führt das Land die Statistik an – am unteren Ende mit einem Wachstum von gerade mal 0,6 Prozent. Die im letzten Jahr aufkeimende Opposition ist – zumindest vordergründig – wieder erloschen. Politisch scheint sich nichts zu bewegen. Mugabe kandidiert für eine weitere Präsidentschaft... Wie lange kann das noch so weitergehen? Lesen Sie dazu den Hintergrundbeitrag von Barbara Müller, die sich seit Jahrzehnten mit der Entwicklung Zimbabwes befasst.

Sicherlich gäbe es auch noch andere Brennpunkte, etwa Südafrika. Doch das Afrika-Bulletin hat nur einen begrenzten Umfang: 16 Seiten sind es seit Anbeginn. Heute erscheint das Afrika-Bulletin mittlerweile im 42. Jahrgang. Es gelangt an eine kleine, aber treue Leserschaft. Das Afrika-Bulletin selbst ist defizitär und könnte ohne die Unterstützung der Leserinnen und Leser nicht herausgegeben werden. Die Arbeit der Redaktion erfolgt ehrenamtlich, auch die Autoren und Autorinnen erhalten kein Honorar.

Bei so viel Engagement freut sich die Redaktion, wenn aus der Leserschaft Reaktionen eingehen. Aus Zambia: «Zuerst mal vielen Dank, dass ihr immer so profunde Hefte fabriziert, die ich mit Gewinn lese! Ich bin Geograph, Biolandwirt und Älpler und leiste zurzeit einen Einsatz in personeller Entwicklungszusammenarbeit am Kasisi Agricultural Training Centre.» Nahezu ein Dutzend Reaktionen erreichten uns auf die letzte Ausgabe, in der wir uns mit Eritrea befassten. Dazu können Sie mehr auf Seite 16 lesen.

Die Redaktion wünscht eine spannende Lektüre, neue Einsichten – auch wenn die Leserschaft nicht immer der gleichen Meinung ist. ■

Hans-Ulrich Stauffer



Hans-Ulrich Stauffer ist Gründungsmitglied des Afrika-Komitees und seit 1976 Mitherausgeber des Afrika-Bulletins. Er baute die Pensionskasse Abendrot auf und leitete diese während mehr als 30 Jahren. Heute arbeitet er als Rechtsanwalt in Basel und wirkt seit 1989 als Honorarkonsul der Republik Kapverde. Er ist Herausgeber der beiden Bände «Kapverde fürs Handgepäck» und «Namibia fürs Handgepäck», beide im Züricher Unionsverlag erschienen. Im März erscheint «Eritrea – der zweite Blick» im Rotpunktverlag. Kontakt: baud.stauffer@bluewin.ch.

Impressum

Ausgabe 165 | Februar / März 2017

ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 42. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH260900 0000 4001 77543

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Dominik Balthasar, Esther Bäschlin, Gertrud Baud, Melanie Boehi, Elisa Fuchs, Baalu Girma, Susy Greuter (Red.), Elísio Macamo, Barbara Müller (Red.), Hans-Ulrich Stauffer (Red.)

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 30.–/Euro 30.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 40.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 50.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 166: 26. März 2017
Schwerpunktthema: Verschuldung
Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Mobilität, US-Schützlinge in Afrika, Militarismus und Waffenindustrie, Musik, Frauen, Bevölkerungsmobilität.
Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Feuer (M.S. Rohith, thenounproject.com).

Politische Brennpunkte

Quo vadis Afrika?

Allen positiven Entwicklungen zum Trotz wird Afrika oftmals nur mit politischen Brennpunkten gleichgesetzt. Dabei wird häufig nicht nur übersehen, dass Afrika schon lange nicht mehr der Krisenkontinent ist, der er einmal war, sondern auch, dass derartige Krisen nicht ausnahmslos hausgemacht sind. Dominik Balthasar nennt beispielhaft einige politische Brennpunkte, stellt diesen zahlreiche positive politische Entwicklungen gegenüber und verweist darauf, dass Krisen nicht zwangsläufig das Ende bedeuten, sondern auch Ausgangspunkte für Neuanfänge darstellen.

Jahrzehntelang als hoffnungsloser Kontinent abgeschrieben, gewann in den vergangenen Jahren allmählich das Narrativ eines aufsteigenden Afrikas («Africa rising») an Prominenz. Angesichts eines nie dagewesenen Wirtschaftswachstums, der Abnahme kriegerischer Konflikte, sowie von Fortschritten im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, porträtierte der Economist in seiner Ausgabe vom 3. Dezember 2011 Afrika als Hoffnungsträger. Das vergangene Jahr rüttelte jedoch u. a. angesichts der Unruhen in Äthiopien, Mozambique und Zimbabwe sowie zahlreicher anderer besorgniserregender Entwicklungen an diesem positiven Image – und zwar so sehr, dass der Ostafrika-Korrespondent der New York Times, Jeffrey Gettleman, das Bild eines taumelnden Afrikas («Africa reeling») zeichnete.

In der Tat wartete das Jahr 2016 auch in Afrika mit zahlreichen politischen Brennpunkten auf. In Burundi konsolidierte das Regime von Pierre Nkurunziza inmitten von Warnungen vor einem erneuten Genozid seine Macht; im Südsudan kollabierte der mangelbehaftete Friedensvertrag und löste eine neue Welle der Gewalt aus; und in Nigeria und Somalia setzten religiöse Extremisten ihren blutigen Kampf sowohl innerhalb der jeweiligen Landesgrenzen als auch darüber hinaus fort. Derweil entwickelten selbst Vorzeigedemokratien wie Südafrika angesichts von Korruption und Misswirtschaft Anzeichen zunehmender Fragilität.

Afrika als Flickenteppich politischer Brennpunkte

Einschlägige Statistiken scheinen das Bild eines taumelnden Afrikas zu bestätigen. Während der Index fragiler Staaten den Kontinent weiterhin als eine Ansammlung mehr oder minder schwacher Staaten porträtiert, misst der Ibrahim Index of African Governance eine Negativentwicklung in den Bereichen Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Dieser Eindruck festigte sich im Rahmen der insgesamt 18 Präsidentschaftswahlen des Jahres 2016, bei denen sich Amtsinhaber von Äquatorialguinea bis Tschad vielfach zum x-ten Mal im Amt bestätigen liessen – auch wenn dafür teils verfassungsrechtliche Änderungen nötig waren.

Dennoch greift eine Brandmarkung Afrikas als Flickenteppich politischer Brennpunkte zu kurz. Als konfliktträchtig eingestufte Wahlen in Benin, São Tomé e Príncipe, Nigeria und Ghana, beispielsweise, führten im vergangenen Jahr zu friedlichen und demokratischen Machtübergaben. Derweil gerieten im selben Jahr langjährige und bisher weithin hofierte Autokraten zunehmend ins Kreuzfeuer anderer afrikanischer Staats- und Regierungschefs. Während zahlreiche Führungspersönlichkeiten aus Westafrika die Entscheidung des gambi-

schen Präsidenten Yahya Jammeh, seine Wahlniederlage vom 2. Dezember 2016 nicht anzuerkennen, anprangerten, verurteilte ein Sondertribunal der Afrikanischen Union den ehemaligen tschadischen Diktator Hissène Habré aufgrund von Kriegsverbrechen zu lebenslanger Haft. Somit taumeln derzeit nicht nur diverse Staaten und Gesellschaften, sondern auch Normen und Institutionen, die jahrzehntelang für die politischen Brennpunkte Afrikas (mit-)verantwortlich gemacht wurden.

Dabei tragen nicht nur afrikanische Regierungschefs die Verantwortung für einen etwaigen Aufstieg oder Taumel Afrikas – auch Regierungen von OECD-Staaten können sich dieser nicht völlig entziehen. Wenngleich die Ära der Strukturanpassungsprogramme, die zahlreiche Staaten in den 1980er Jahren in tiefe Krisen stürzten, offiziell beendet ist, so bergen auch gegenwärtige Praxen internationalen Engagements das Risiko, Krisen zu beflügeln. Am offensichtlichsten ist dies vermutlich in Hinblick auf westliche Militäreinsätze in Afrika. Als prominentes Beispiel kann hier der 2011 erfolgte Eingriff des Westens in die Innenpolitik Libyens angeführt werden, der dieses Land hinsichtlich seiner Entwicklung von Rang 53 des Entwicklungsindex im Jahr 2010 auf Rang 93 (2016) zurückwarf und zu einer Destabilisierung der gesamten Sahel-Region beitrug.

Taumeln ist auch einer positiven Entwicklung inhärent

Die Debatte, ob Afrika aufsteigt oder taumelt, ist zudem irreführend. Der Diskurs suggeriert – ganz im Fahrwasser des neo-liberalen Paradigmas – dass Taumel und Aufstieg diametral entgegengesetzt seien. Dabei ist das von Gettleman beobachtete Taumeln, bei aller berechtigten Sorge, ein Entwicklungsprozessen inhärentes und zu erwartendes Phänomen, nicht zuletzt, da Entwicklung nicht linear verläuft. Wie das chinesische Schriftzeichen für Krise, das sich aus den Symbolen für «Gefahr» und «Chance» zusammensetzt, verdeutlicht, stellen politische Brennpunkte immer auch eine Gelegenheit für positiven (strukturellen) Wandel und Neuanfang dar. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Krisen, die im vergangenen Jahr die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zogen, eher zu Chancen als zu Gefahren für Frieden, Stabilität und Entwicklung in Afrika entwickeln. ■

Dominik Balthasar arbeitet bei swisspeace im Bereich Staatlichkeit und Konflikt und lehrt im Fachbereich Politikwissenschaft an der Universität Basel. Frühere Stationen waren das Institute for Peace and Security Studies (Addis Ababa), das EU Institute for Security Studies (Paris), das US Institute of Peace (Washington, DC) und Chatham House (London). Balthasar promovierte an der London School of Economics im Fachbereich Internationale Entwicklung. Kontakt: dominik.balthasar@unibas.ch.

Äthiopien nach 1991

Ein unvollendetes politisches Experiment?

Der Autor, ein äthiopischer Akademiker, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben will und das Pseudonym Baalu Girma verwendet, zeichnet in seinem Beitrag die äthiopische Regierungspolitik der letzten 25 Jahre nach. Dabei vergleicht er die postulierten Ziele und die Rhetorik der Regierung mit der in der real umgesetzten Politik und kommt zum Schluss, dass diese viel zu wünschen übriglässt.

In der langen Geschichte des modernen Äthiopiens stellt der Aufbruch nach 1991 eine bemerkenswerte Neukonfiguration der politischen Ordnung dar. Die jahrhundertalte Hegemonie des Zentrums und die Zentralisierung der staatlichen Macht wurden in Frage gestellt. Die neue Ordnung nach 1991 kann als Versuch interpretiert werden, die politisch-ideologische Grundlage des äthiopischen Staates zugunsten eines ethnisch begründeten Föderalismus auf den Kopf zu stellen. Von Anfang an gab es jedoch Debatten und unüberhörbaren Widerspruch von den Gegnern des ethnischen Föderalismus, die diesen als polarisierend wahrnahmen und vorher sagten, dass er den nationalen Zusammenhalt gefährden werde. Viele argumentieren, dass das gegenwärtige politische System Äthiopiens es nicht geschafft habe, die Stimmen derjenigen einzubinden, die für eine Einheits-Agenda eintreten sowie diejenigen Bürger und Bürgerinnen ausgrenze, die ihre Identität von mehr als einer ethnischen Gruppe herleiten.

Ethnischer Föderalismus

Nach den Übergangsjahren 1991 bis 1995 übernahm die Ethiopian People Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Kontrolle über die Staatsmacht und führte auf Ethnizität beruhende Verwaltungsstrukturen ein. Die EPRDF ist eine Koalition von vier ethnisch begründeten Parteien: Tigray People Liberation Front (TPLF), Amhara National Democratic Movement (ANDM), Oromo People Democratic Organization (OPDO) und Southern Ethiopian People Democratic Movement (SEPDM). Die EPRDF wurde 1989 durch die TPLF initiiert, als Kampfstrategie im Rahmen der Nationen- und Nationalitätenfrage. Nach 1991 blieb die EPRDF alleinregierende Partei auf allen Ebenen der Verwaltung. Die Verfassung von 1995 führte die Föderative Demokratische Republik von Äthiopien ein, basierend auf dem Konzept eines föderativen Arrangements, das einen im Prinzip freiwilligen «Zusammenschluss» der Mitgliedstaaten postulierte.

Die neue politische Ordnung sollte zwei grundlegenden Veränderungen einführen: Erstens, Dezentralisierung der Staatsmacht zugunsten der auf ethnischer Grundlage beruhenden Mitgliedstaaten der Föderation und zweitens, Anerkennung der verschiedenen Kulturen und unterschiedlichen ethnischen Gruppen als Würdigung des Beitrags aller Nationen, Nationalitäten und Völker Äthiopiens zum Aufbau des «Neuen Äthiopiens». Grundsätzlich bedeutet Dezentralisierung, dass die staatliche Macht an die entsprechenden untergeordneten Verwaltungseinheiten abgetreten wird, und die Entscheidungsträger auf lokaler Ebene ermächtigt werden, über die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Angelegenheiten in ihren Einheiten zu bestimmen. Es wurde angenommen, dass die föderativen Strukturen die wirtschaftlichen Kapazitäten der Regionen verbessern würden, wenn diese innerhalb ihrer Zuständigkeitsgebiete über die eigenen Ressourcen verfügten, Steuereinkommen planen und eintreiben sowie Investitionen anordnen könnten.

Die Wahlen von 2005 als Wendepunkt

Das Modell des ethnischen Föderalismus kann in einigen Schlüsselbereichen durchaus als erfolgreiches Experiment bezeichnet werden, besonders während des Zenits dieses Modells in den 1990er Jahren. Bis zu den umstrittenen Wahlen von 2005 gab es relativ offene politische Plattformen, die eine «Mehrparteien»-Politik zuließen. Oppositionsparteien – auch diese hauptsächlich auf ethnischer Grundlage – gewannen einige Sitze in den drei Wahlen, die zwischen 1995 und 2005 abgehalten wurden. Neben der in der Verfassung garantierten Redefreiheit begannen die äthiopischen Bürger und Bürgerinnen das Recht auf freie Medien zu genießen, bis die Regierung nach den Wahlen von 2005 alle privaten Zeitungen verbot. Sie begründete dies mit der Anschuldigung, dass diese Hass gegen bestimmte ethnische Gruppen verbreiteten.

4

Premierminister Meles Zenawi war die zentrale Figur hinter dem äthiopischen Entwicklungsstaat. Er verstarb ein halbes Jahr nach diesem Auftritt am World Economic Forum im Januar 2012 (Bild: Monika Flückiger).



Der augenfälligste Mangel der EPRDF-Regierung war, dass sie es in vielen Fällen verfehlte, ihre politische Rhetorik in die Praxis umzusetzen. Anstatt den Freiraum zu schaffen, in dem das Volk diese Ideen und Entwicklungspolitiken hätte in Frage stellen und aushandeln können, machte sie Äthiopien zu einem autoritären Staat, der dem Volk seine Entwicklungsagenda aufzwingt. Besonders in der Zeit nach 2000 begann die EPRDF-Regierung, der wirtschaftlichen Entwicklung den Vorrang vor demokratischen Rechten zu geben. Dieser offenbare Rückzug der Regierung aus der Rhetorik einer verantwortungsvollen Regierungsführung, eines Mehrparteiensystems und einer liberalen Entwicklungspolitik kann als Übergang von einem neoliberalen Ethos zur Ideologie eines Entwicklungsstaates inspiriert von den Staaten Südostasiens (in erster Linie China) interpretiert werden. Diese Verlagerung verstand die oberste EPRDF-Führung als Antwort auf das Versagen der Strukturanpassungsprogramme, die zwischen 1991 und 2001 implementiert wurden.

Die zentrale Figur der politischen und wirtschaftlichen Ideologien, der verstorbene Premierminister Meles Zenawi, bezeichnete das Paradigma des Entwicklungsstaates als «Neubeginn» auf der Suche nach Entwicklung. Indem sie das Paradigma des Entwicklungsstaats übernahm, erweiterte die EPRDF den Rahmen, innerhalb dessen sie die politischen und wirtschaftlichen Strukturen weiter durchdringen und kontrollieren konnte. Dies erlaubte ihr die Aneignung von Ressourcen (vor allem Land) und eine weitere Einschränkung der Bürgerbeteiligung. Mit anderen Worten, die EPRDF nutzt das Konzept des Entwicklungsstaats zur Rechtfertigung ihrer Interventionen, die in vielen Fällen die rechtlichen Abläufe nicht respektieren, und als Mittel zur Ausschaltung von Kritikern und Oppositionellen, die sie als «Gegner der Entwicklung» bezeichnet.

2016: Widerstand und Unruhen bei einem Wirtschaftswachstum von 11 Prozent?

Wie kommt es, dass ein Land, das während der letzten zwei Jahrzehnte anscheinend den Schlüssel zu wirtschaftlicher und politischer Entwicklung gefunden und bei den Wahlen des Jahres 2015 99,9 Prozent der Stimmen erhalten hat, sich plötzlich mit so viel Unruhen und Widerstand verschiedenster Art konfrontiert sieht? Dieser Frage sollte sich die aktuelle äthiopische Regierung in aller Ehrlichkeit stellen!

Es könnte sie teuer zu stehen kommen, wenn sie weiterhin Bürger, die ihre verfassungsmässigen demokratischen Rechte nutzen, als Entwicklungsgegner und Friedensfeinde anprangert. Man braucht kein Wahrsager zu sein, um zu wissen was herauskommt, wenn die Bevölkerung weiter gedemütigt wird und ihr Leiden zunimmt.

In Wirklichkeit sind die Menschen nicht gegen Entwicklung eingestellt, solange die Entwicklungsprojekte die grundlegenden Rechte und Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen mit einbeziehen. Es wäre die Aufgabe der Regierung, diese für ein gemeinsames Ziel zu gewinnen, indem Plattformen geschaffen werden für eine angemessene Bürgerbeteiligung und das Land auf einen politischen und wirtschaftlichen Weg des Friedens und Wohlstands geleitet wird. ■

Baalu Girma (Pseudonym) ist ein äthiopischer Sozialwissenschaftler. Den Text hat Barbara Müller übersetzt.

Landnahme als Auslöser der Proteste

sg. Die ersten Protestdemonstrationen der Oromo vor einem Jahr wurden durch Umzonungspläne für weite Gebiete um die Hauptstadt ausgelöst – nach der föderalen Aufteilung Äthiopiens in ethnische Provinzen war dieses Gebiet Oromoland. Damit wäre die Hoheit über das Land von der Provinzregierung an die Zentralregierung übertragen worden. Das Vorhaben war keineswegs einmalig. Seit Jahren wird vor allem in den westlichen Tieflandprovinzen Land, das als «ungenutzt» oder «spärlich genutzt» eingestuft wird, der vom Zentralministerium für Landwirtschaft verwalteten Landbank zugeschlagen und in der Folge Investitionen zur kommerziellen Nutzung verpachtet – unter Ausgrenzung der nomadisierenden Bevölke-

rung. Ausländischen Agrarunternehmen gingen so Flächen bis zu 3000 Quadratkilometer zu. Auch einheimische Investoren wurden berücksichtigt. Allerdings handelt es sich dabei gemäss Untersuchungen des renommierten Oakland Institute zu 90 Prozent um ethnische Tigrinya, während die Zentralbehörde Projekte von Oromo, Anuak oder Komo anscheinend häufig abgelehnt. Dieses trotz interner Kritik erneut von der Weltbank geförderte agrarische Entwicklungsmodell stellt also – entgegen dem in der Verfassung verankerten «ethnischen Föderalismus» – sowohl eine Re-Zentralisierung dar als auch eine schleichende Re-Feudalisierung, diesmal zugunsten der dominierenden Tigrinya. •

Wenn zur materiellen sich eine geistige Krise Mozambique – Brennpunkt am Indischen Ozean

Eine latente Kriegssituation im Lande selber, eine riesige Schuldenlast, die das Mass des Möglichen übersteigt – zwei Jahre nach der Ablösung der Regierung von Armando Guebuza steckt Mozambique in einer schweren Krise. Problematisch ist jedoch auch, wie diese Krise wahrgenommen wird, schreibt Elísio Macamo.

Es gibt zwei Krisen in diesem einst als afrikanischer Hoffnungsträger bezeichneten Land: eine wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise und eine Wahrnehmungskrise. Nennen wir erstere die «materielle Krise» und letztere die «geistige Krise». Es ist schwer zu sagen, welche der beiden zuerst da war, die materielle oder die geistige.

Die materielle Krise schlägt sich in verschiedenen besorgniserregenden Entwicklungen nieder. Die Währung erfuhr eine dramatische Abwertung von über 100 Prozent und die Inflation schoss über die 30-Prozent-Marke hinaus. Verschiedene Banken wurden wegen Insolvenz geschlossen. Die Devisenreserven in der Höhe von 1693 Millionen Dollar reichten nur gerade für den Import von Gütern über einen Zeitraum von drei Monaten. Der positive Trend in der Armutsbekämpfung erfuhr einen Dämpfer. Im Jahr 2003 lebte 55 Prozent der ländlichen Bevölkerung in Armut und 2015 waren es noch immer 50 Prozent. Für viele Beobachter ist der wichtigste Auslöser der Krise die illegale Entscheidung der 2015 abgelösten Regierung von Armando Guebuza, für Kredite zum Kauf von Booten angeblich für ein Fischereiunternehmen zu bürgen. Wie sich später herausstellte, ging es in diesem Geschäft, an dem der staatliche Geheimdienst massiv beteiligt war, auch um militärische Aufrüstung.

Der Skandal flog auf, als sich herausstellte, dass die beteiligten Gesellschaften nicht in der Lage waren, die Kredite in der Höhe von sage und schreibe 2,2 Milliarden Dollar zurückzuzahlen. Eigentlich hätte die Regierung die Bürgschaften vom Parlament genehmigen lassen müssen. Die Geheimnistuerei nährt die üblichen Gerüchte, wonach das Ganze eine einzige Korruptionsmasche war. Nicht minder wichtig in dieser materiellen Krise ist das Wiederausbrechen des Krieges zwischen dem mozambikanischen Staat und der Hauptoppositionspartei Renamo. Diese akzeptiert die Wahlergebnisse von 2015 nicht und besteht entgegen der Verfassung darauf, in jenen Provinzen Gouverneure zu ernennen, in denen sie die Mehrheit der Stimmen gewonnen hat. Auch nach vielen Verhandlungsrunden unter Beteiligung von inländischen und ausländischen Vermittlern ist keine Lösung in Sicht.

Bequeme Wahrheiten verhindern Verständnis der Krise

Die geistige Krise schlägt sich ihrerseits in der Neigung nieder, Deutungsmuster zu bevorzugen, die uns in bequemen Wahrheiten bestätigen. Prominent dabei sind die Basiserzählungen des entwicklungspolitischen Diskurses. Diese bestehen im sogenannten «Outcome Bias», also der Neigung, Entscheidungen im Nachhinein

auf der Grundlage des Endergebnisses zu beurteilen. Misserfolg gibt einem gewissermassen kein Recht: Ende schlecht, alles schlecht. Wie ich neulich in der Umkleidekabine einer Sportstätte erfahren habe, ist es nicht leicht, ein armes Land zu regieren. Wie wahr. Man hat mit Experten aus Wissenschaft, Industrie, sozialen Bewegungen und Entwicklungspolitik zu tun, die zu wissen glauben, wie man ein Land erfolgreich regiert, obwohl sie selbst über keinerlei Regierungserfahrung verfügen. Man muss einfach das Richtige tun. Dieses Richtige besteht in einem rezeptartigen Wissen darüber, wie sich die Industrienationen entwickelt haben: Sie haben Demokratie eingeführt, Korruption bekämpft, Sozialpolitik für den Mitmenschen betrieben, gute wirtschaftliche Entscheidungen im Interesse der Allgemeinheit getroffen und waren auf dieser Basis erfolgreich. Alle Korrelationen geben diesem Rezeptwissen Recht: die überwiegende Mehrheit der wirtschaftlich und politisch erfolgreichen Länder ist demokratisch, weist niedrige Korruptionsraten auf, ist sozialgerecht und zeichnet sich durch gute Regierungsführung aus.

Verheissungsvoller Neubeginn

Die Wahrheit über die politische Entwicklung Mozambiques in den letzten Jahren lässt sich im Spannungsfeld dieser beiden Krisen deuten. Die Vorzeichen waren nicht schlecht – sie waren sogar sehr gut: Der Staat genoss die Anerkennung der UNO und somit Legitimität, freie Wahlen waren möglich und es herrschte Frieden. Nach einem verheerenden Bürgerkrieg, der Millionen von Mozambikanern und Mozambikanerinnen das Leben kostete und grosse Teile der Verkehrs-, Gesundheits-, und Bildungsinfrastruktur des Landes zerstörte, unterzeichnete die linksgerichtete Frelimo Regierung mit der Rebellenorganisation Renamo unter Vermittlung einer italienischen katholischen Laiengemeinschaft 1992 einen Friedensvertrag. Dieser ebnete den Weg für freie Mehrparteienwahlen im Jahr 1994. Seitdem hat Mozambique vier Mal den Präsidenten und das Parlament gewählt. Jedes Mal hat die amtierende Frelimo Regierung gewonnen und jedes Mal wurden die Wahlergebnisse von der Hauptoppositionspartei Renamo angefochten. Der Frieden hielt ziemlich lange und veranlasste viele Beobachter dazu, Mozambique zum Erfolgsmodell der Konfliktlösung zu küren. Dies führte wiederum dazu, dass das Land zum Liebling der Entwicklungszusammenarbeit wurde.

Als auch noch grosse Rohstoffaufkommen (Gas, Erdöl und Kohle) entdeckt wurden und Weltunternehmen in Mozambique investierten, wurde das Land zum Inbegriff des viel beschworenen und inzwischen angezweifelt Afrika-Booms. Armando Guebuza kam als Nachfolger von Joaquim Chissano mit Vorschusslorbeeren an die Macht, die auf seinen – von einigen Skeptikern als dubios eingestuften – Erfolgen als Geschäftsmann basierten. Zugleich symbolisierte er das neue Gesicht des Landes: unternehmensfreudig, seriös und zielgerichtet. Seine Wahlerfolge 2004 und 2009 waren erdrutschartig.

Präsident Guebuza wollte das Land entbürokratisieren, die Kriminalität bekämpfen, die Armut beseitigen und dem Volk Selbstachtung wiedergeben. In seiner Regierungszeit von 2005 bis 2015 verbrachte er viel Zeit

damit, neue Infrastrukturprojekte (Strassen, Brücken, Flughäfen, usw.) einzuweihen. Merkwürdigerweise ist er heute der meistgehasste Politiker Mozambiques, möglicherweise noch verhasster als der Renamo-Anführer Afonso Dhlakama, der seit nunmehr drei Jahren im Busch lebt und von dort aus militärischen Widerstand gegen die Regierung leistet. Er glaubt, dass er die Präsidentschaftswahlen von 2015, die von internationalen Beobachtern, darunter auch solche der EU, für fair und rechtmässig erklärt wurden, gegen den jetzigen Präsidenten Filipe Jacinto Nyussi gewonnen habe.

Ein Kartenhaus fällt in sich zusammen

Die Leistung von Guebuza ist dennoch bewundernswert: vom Hoffnungsträger hat er sich in der weltweiten Wahrnehmung in null-komma-nix zum Schurken gewandelt. Was ist passiert? Wieso ist ein rechtmässig gewählter Präsident, der nach den zwei verfassungsmässig erlaubten Wahlperioden in für den Kontinent unüblicher Art und Weise abdankte, unbeliebter als ein ehemaliger Rebellenführer, der sich mit militärischen Mitteln gegen den Wahlausgang stellt? Die Erklärung ist denkbar einfach: Guebuza, und im übertragenen Sinne Mozambique, sind dem «Outcome Bias» des entwicklungspolitischen Diskurses aufgesessen. Der Brite Joseph Hanlon, der wohl meistgefragte Analyst für Mozambique, beschreibt die Krise als den Zusammenbruch eines aus Raffgier und Hybris erbauten Kartenhauses.

In Mozambique selbst zählt natürlich zunächst einmal die momentane Situation, und die ist nicht gut. Die Regierung Guebuzas hat fast eine Milliarde Dollar in Infrastrukturprojekte investiert. Einige davon, wie z.B. der von China gebaute Strassenring von Maputo, die Erweiterung des Flughafens in Maputo sowie der von einer brasilianischen Firma gebaute Flughafen in Nacala, im Norden des Landes, kommen den Menschen heute zugute – aber eben unter den Schwierigkeiten, die jetzt überall zu spüren sind. Wenn es anders ausgegangen wäre, würde sich wohl kein Mensch darüber beschweren, dass sich womöglich jemand bereichert hat, bzw. das Parlament umgangen worden ist. Und hier liegt der wunde Punkt.

Entwicklungsländer unterliegen in ihrer Entwicklung grossen Schwankungen und sind besonders anfällig für Fehler jeglicher Art. Normal ist nicht, dass alles nach Plan läuft. Normal ist, dass Pläne nicht eingehalten werden, egal ob es Politiker und Politikerinnen gut oder böse meinen. Ausnahmen wie die Kapverdischen Inseln, Botswana, Mauritius und jetzt vielleicht Ruanda bestätigen die Regel. Die Vorstellung, dass diese Länder deshalb erfolgreich sind, weil man dort das Meiste richtig macht, beruht auf der typischen Selbsttäuschung der Entwicklungspolitik, die vom deutschen Soziologen Philippe Lepenies als «institutionalisierte Besserwiserei» beschrieben wurde. In Mozambique scheitern diese Erklärungsmuster an logischen Überlegungen. Nehmen wir einmal an, die Regierung von Guebuza habe mit Unterstützung der Parlamentsmehrheit (möglicherweise durch die übliche politische Bestechung von Abgeordneten mit Investitionsversprechungen in deren Wahlkreisen) für die Kredite rechtmässig gebürgt. Nehmen wir ferner an, das Geschäft habe, aus welchen Gründen auch immer, Erfolg gezeitigt (die Tatsache, dass namhafte internatio-



nale Banken, darunter die Credit Suisse, sich daran beteiligt haben, zeigt zumindest, dass die Analysten der Banken dem Geschäft wohlbegründete Aussicht auf Erfolg attestierten). Was würden wir dann heute sagen? Die Regierung Guebuza würde wohl gefeiert werden!

Die Opposition nutzt die Blösse

Und trotzdem steckt Mozambique tief in der Krise – ein Land, das bis vor kurzem einer der Hoffnungsträger des Kontinents war. Zu allem Überfluss gesellt sich zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein Krieg, der zwar die strukturellen Ungleichheiten des mozambikanischen politischen Systems zum Ausdruck bringt, aber auch zeigt, wie anfällig heutzutage Länder im Prozess der nachholenden Entwicklung sind. Die Oppositionspartei Renamo verfügt weder über eine interne demokratische Kultur noch über eine politische Vision für das Land. Sie bedient sich der strukturellen Probleme der Entwicklung um Forderungen zu stellen, welche ihr den Anschein eines politischen Programms verleihen. Auch hier zeigt das Spannungsverhältnis von materieller und geistiger Krise sein Gesicht, denn die Basiserzählung der Entwicklungspolitik oder der einstudierten Betroffenheit der internationalen Gemeinschaft versucht, in einer solchen Ratlosigkeit politische Kohärenz auszumachen.

Auch das ist Teil des mozambikanischen Brennpunktes. ■

Unter dem Eindruck des Rohstoffsegens investierte die Regierung von Armando Emilio Guebuza viel in Infrastrukturprojekte wie in diese Brücke über den Zambezi, die den Namen des ehemaligen Präsidenten trägt (Bild: Luis Canhema 2009).

Elisio Macamo ist Soziologe und Professor für Afrikastudien an der Universität Basel. Aus dieser Warte beobachtet er die Entwicklungen in seinem Heimatland Mozambique genau und engagiert sich regelmässig in den öffentlichen Debatten, in denen er sich insbesondere für Begriffsschärfe und präzise Argumentation einsetzt.
Kontakt: elisio.macamo@unibas.ch.

Kein Ende der Krise in Sicht in Zimbabwe: «Mugabe Must Go» – Mugabe bleibt

Das vergangene Jahr hat Zimbabwe überraschende Protestbewegungen beschert. Angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage haben die Menschen weniger Angst, sich zu exponieren – trotz der brutalen Repression durch die Sicherheitskräfte. Die Regierung ist gelähmt durch die ungelöste Nachfolgeregelung für Präsident Robert Mugabe. Zwar werden Umschuldungsverhandlungen geführt, diese scheitern jedoch am Willen der Regierung, die erforderlichen Reformen durchzuführen. Keine guten Aussichten für das gebeutelte Land im südlichen Afrika. Von Barbara Müller.

Es begann mit einem vierminütigen Youtube-Video. Pfarrer Evan Mawarire, ein aufgebrachter Vater aus Harare, stellte es ins Netz. Der Pastor hüllte sich in die zimbabwische Flagge, setzte sich vors Mikrofon und machte seinem Ärger Luft. In mitreissenden Worten beschrieb er, was die Fahne repräsentieren sollte und was die Mächtigen daraus machten. Er rief seine Mitbürger und Mitbürgerinnen dazu auf, diese Inhalte wieder für sich zu reklamieren. Sein Aufruf «Genug ist genug» fand einen umwerfenden Widerhall. In Zimbabwe wie in der Diaspora wurde die Fahne zu einem Symbol des Widerstandes – in Umkehrung des vorherrschenden Diskurses, wonach die Regierungspartei ZANU-PF diese für sich beansprucht. Auf Zimbabwes Strassen fanden die Fahnen reissenden Absatz – so dass die Regierung deren Verkauf umgehend untersagte. Unter dem Titel #this-

Wirkung der Hashtag-Bewegungen

Im Juli und August legten Protestdemonstrationen die Hauptstadt lahm, als Reaktion auf die Ankündigung, dass die Regierung die Löhne der Staatsangestellten nicht mehr zahlen könne. Als die Regierung den grenzüberschreitenden Kleinhandel verbieten wollte, kam es bei Beitbridge, an der Grenze zu Südafrika, zu Strassenkrawallen, die mit grosser Härte niedergeschlagen wurden. Die wirtschaftliche Not lässt den Zimbabwern und Zimbabwerinnen keinen Spielraum mehr.

Es kam wie es kommen musste: Evan Mawarire wurde vor Gericht gestellt und der Aufwiegelung zum Umsturz angeklagt. Der Prozess gegen ihn wurde zu einer weiteren Demonstration der Unzufriedenheit mit dem Regime. Über 5000 Menschen lagerten bis weit in die Nacht hinein vor dem Gericht, das Mawarire schliesslich



Ob im Land selber oder in der Diaspora: die Landesfahne ist zum Symbol der Protestbewegung geworden. Kundgebung vor der Botschaft Zimbabwes in Pretoria im Juli 2016 (Bild: Ihsaan Haffejee).

flag entstand eine Bewegung, die durch Mawarires tägliche Videobotschaften gespeist wurde. Weitere Bewegungen wie die Tajamuka/Sesjikile-Kampagne, die Nationale Union der Strassenverkäufer und Occupy Africa Unity Square riefen unter dem Motto «Mugabe Must Go» zu Strassenprotesten auf.

freisprach. Der Druck auf ihn wurde jedoch so gross, dass er mit seiner Familie ins Ausland floh. Zwar haben sich die Protestbewegungen auf die städtische Bevölkerung beschränkt, sie haben jedoch gezeigt, dass der Guld der Zimbabwer Grenzen gesetzt sind.

Implosion der Wirtschaft

Seit Jahren importiert Zimbabwe mehr als es exportiert, denn die Wirtschaft schrumpft. 2016 betrug das Budgetdefizit 1,18 Milliarden Dollar. Finanzminister Chinamasa ging für 2016 von einem wirtschaftlichen Wachstum von 2,7 Prozent aus, Ende Jahr musste er dieses auf 0,6 Prozent korrigieren. Schuld daran seien die Dürre, die tiefen Rohstoffpreise, fehlende ausländische Investitionen sowie die nachlassende Kaufkraft der Bevölkerung, meinte der Minister. Die Probleme sind aber in erster Linie struktureller, sprich politischer Natur. Die fehlende Rechtsstaatlichkeit bzw. Rechtssicherheit sowie die grassierende Korruption schrecken Investoren ebenso ab wie die umfangreichen bürokratischen Hindernisse und die Fremdenfeindlichkeit der Verwaltung. Ausserdem ist Zimbabwe zunehmend vom Rohstoffexport abhängig, wo die Preise tatsächlich gefallen sind. Nach einem eigentlichen Prozess der Deindustrialisierung sind 80 Prozent der Arbeitskräfte mittlerweile im informellen Sektor tätig. Dem war nicht immer so!

Dazu belastet der gewaltige Schuldendienst die Staatskasse. Der Staat ist schwer verschuldet: 4,8 Milliarden US-Dollar schuldet er internationalen Geldgebern, 3,7 Milliarden einheimischen. Zwar führt Zimbabwe seit einiger Zeit Umschuldungsverhandlungen mit den internationalen und bilateralen Schuldnerländern. Diese haben bisher jedoch zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt. Ein Problem dabei ist, dass von Finanzminister Chinamasa geplante Sparmassnahmen von Mugabe wieder rückgängig gemacht wurden. Die Geldgeber verlangen aber auch, dass überzeugende Reformen und eine Anpassung der Gesetze an die 2013 angenommene Verfassung durchgeführt werden, so zum Beispiel im Bereich des Wahlsystems.

Da Zimbabwe den US-Dollar als Landeswährung verwendet, hat das Budgetdefizit zu einer akuten Geldknappheit geführt. Die Banken haben die Auszahlungen auf 25 bzw. 50 Dollar pro Tag und Person beschränkt. Lange Schlangen vor Banken und Bankomaten bestimmen das Stadtbild, manche übernachteten sogar dort. Um hier Abhilfe zu schaffen, führte die Regierung Ende November sogenannte Bondnotes ein – von der Regierung gedrucktes Notgeld. Auch wenn damit die täglichen Transaktionen erleichtert werden, sind diese ungedeckten Bonds doch keine Lösung für die grundsätzlichen Probleme der zimbabwischen Wirtschaft.

Wahlen 2018 mit Präsidentschaftskandidat Mugabe

Die regierende ZANU-PF wird von Flügelkämpfen zerrissen, die jegliche Regierungstätigkeit behindern. Auch innerhalb der Partei wird der Rücktritt von Mugabe gefordert, zum Beispiel von der Zimbabwe National Liberation War Veterans' Association, was Sanktionen gegen deren Präsident Mutsvanga nach sich zog. Es wird mit harten Bandagen und ungewissem Ausgang gekämpft – zum Schaden des Landes. Mugabe jedenfalls ist nach wie vor nicht bereit, das Ruder aus der Hand zu geben.

Bereits heute ist die Partei im Wahlmodus, denn es gilt, die Weichen für die Nachfolge des greisen Präsidenten zu stellen. Es stehen sich mindestens zwei Lager gegenüber, die sich nichts schenken: Dasjenige von «Team

Lacoste», so genannt nach Vizepräsident Mnangagwa (Spitzname: das Krokodil), und dasjenige der «G40» (Generation 40), geführt vom durchtriebenen Drahtzieher Jonathan Moyo, welches mit der Präsidentengattin Grace Mugabe zusammenspannt. Bei gewalttätigen Rivalitäten innerhalb der ZANU-PF anlässlich von Nachwahlen gab es Tote. Im Dezember beschloss der Parteikongress erneut, keinen Nachfolger zu bestimmen und Robert Mugabe, der im Februar 93 Jahre alt wird, 2018 als einzigen Kandidaten der Partei zu portieren. Die Beschlüsse des Kongresses werden als Erfolg für die G40 interpretiert, nachdem sich die Waagschale zuvor zugunsten des Vizepräsidenten zu senken schien, der über Rückhalt bei den Sicherheitskräften verfügt.

Opposition und Zivilgesellschaft

Vom überraschenden Wahlsieg der ZANU-PF 2013 haben sich Opposition und Zivilgesellschaft nicht erholt. Die oppositionelle Parteienlandschaft Zimbabwes ist zersplittert und hat wenig Mobilisierungskraft, weil auch keine Strategie erkennbar ist, die Aussicht auf Erfolg versprechen könnte. Es war der Opposition bisher nicht möglich, die Schwäche der Regierungspartei zu ihren Gunsten zu nutzen. Die Movement for Democratic Change (MDC) hat mehrere Abspaltungen durchgemacht und verfügt nur über geringe finanzielle Ressourcen. Mit «People First» unter Führung der 2014 ausgebooteten Vizepräsidentin Joice Mujuru, ist eine neue Partei aufgetaucht. Weil diese jedoch aus der ZANU-PF hervorgegangen ist, kann sie bei vielen Wählern kaum Vertrauen wecken. Auch die einstmalig so lebendige Zivilgesellschaft mit ihren zahlreichen NGOs ist geschwächt, sowohl moralisch wie auch in Hinsicht auf ihre Ressourcen. Die Geldgeber haben sich enttäuscht abgewandt und setzen heute auf die Kooperation mit der Regierung, von der sie sich greifbarere Resultate erhoffen. Wenn es nicht gelingt, das Wahlsystem zu reformieren und gleiche Bedingungen für alle beteiligten Parteien zu schaffen, hat die Opposition ohnehin keine Chance, die Wahlen zu gewinnen, so die Meinung der Experten.

Die Aussichten für 2017 sehen nicht gut aus, schon gar nicht für die geplagte Bevölkerung. Für diese beherrschen die schrumpfende Wirtschaft, die zusammenbrechenden staatlichen Dienstleistungen und die grassierende Korruption den Alltag und lassen kaum Optionen. Niemand kann sagen, ob eine nächste Protestwelle bevorsteht und was sie bewirken kann. ■

Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und Koordinatorin der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika. Bis 2014 leitete sie den Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika. Kontakt: ba.muellerfrei@gmail.com.

Gukurahundi – das Blut von 20000 beginnt zu sprechen

Am 22. Dezember 2016 erinnerte ein Tag der Trauer in Bulawayos Stanley Hall an die 20000 Toten, die zwischen 1983 und 1987 in Matabeleland von der fünften Brigade getötet wurden, weil sie als Dissidenten mit dem damaligen Apartheid-Südafrika zusammen gearbeitet hätten. In Wahrheit kämpfte die fünfte Brigade aber vor allem gegen Mitglieder und Sympathisanten der zweitgrössten Partei Zimbabwe African People's Union (ZAPU). Das Massaker von Matabeleland war bald als «Gukurahundi» (Shona: «der frühe Regen wäscht die Spreu weg vor dem Frühlingsregen») bekannt. Lange Zeit gelang es der Regierung, Informationen über Gukurahundi zu unterdrücken. Privatpersonen, die Nachforschungen anstellten, wurden so eingeschüchert, dass sie die Arbeit verängstigt aufgaben.

Dass dieser offizielle Trauertag begangen werden konnte, ist das Verdienst der Gruppe Ibhetshu LikaZulu, die endlich die Verantwortlichen für das Massaker zur Rechenschaft ziehen will. Einer der Redner war Dumiso Dabengwa, ehemaliger Kommandant der Zimbabwe People's Revolutionary Army (ZIPRA) und ZAPU-Mitglied, der bereits zu Beginn von Gukurahundi verhaftet wurde und bis 1987 im Gefängnis sass. Dabengwa forderte, dass sich die Nationale Kommission für Friede und Aussöhnung der Sache annehme. Wird den Toten endlich Gerechtigkeit widerfahren?

Gukurahundi wird jetzt zum Thema, und ehemalige Akteure versuchen, sich von der Sache zu distanzieren; Präsident Mugabe sprach von einem «Akt des Wahnsinns». Der jetzige Vizepräsident und damalige Geheimdienstchef Mnangagwa behauptete dreist, nichts mit dem Massaker zu tun gehabt zu haben. Äusserungen von Mnangagwa in jener Zeit waren deftig: Er bezeichnete die Opposition in Matabeleland als Ungeziefer, das ausgerottet werden müsse und die fünfte Brigade sei das DDT dazu.

Auch die heutige Präsidentin der Partei People First, Joice Mujuru, die damals Mitglied des Kabinetts und mit dem Kommandanten der Armee verheiratet war, behauptet, nichts vom Massaker gewusst zu haben. Sie besuchte kürzlich Opfer von Gukurahundi, sprach mit Chiefs, besuchte Massengräber und zeigte sich erschüttert. Allerdings glaubt ihr kaum jemand. ■

China – treuer Verbündeter

Die Regierungspartei ZANU-PF verbindet mit China eine lange Geschichte, die schon vor der Unabhängigkeit beginnt. Die damalige Befreiungsbewegung ZANU orientierte sich ideologisch an China und den Ideen Mao Zedongs und wurde von China unterstützt. Die speziell guten Beziehungen halten bis heute an und umfassen viele Bereiche. Es wird angenommen, dass China mitgeholfen hat, den finanziellen Kollaps der Regierung zu verhindern. Zu welchen Bedingungen bleibt ein Geheimnis, Gerüchten zufolge erhielt es im Gegenzug Konzessionen für Minen und Land.

Zimbabwes Wirtschaft schrumpft. Niemand investiert bei der unsicheren Rechtslage – ausser chinesische Firmen. Im Dezember 2016 erklärte eine solche, sie wolle gesamthaft zehn Millionen US-Dollar in das Geschäft mit Schnittblumen, vor allem Rosen, investieren. Die Firma will sich dabei vor allem auf Kleinbauern stützen, diese beraten und mit Dünger versorgen. Zimbabwes Blumenindustrie erlebte 2001 eine Blüte und war für Europa das zweitwichtigste Herkunftsland auf dem afrikanischen Kontinent. Ebenfalls im Dezember versprach der Investor China Beijing Pinchang, einen Anteil von 49 Prozent an der Kamativi Zinnmine zu übernehmen. Die Mine war 1994 wegen fallender Zinn-Preise geschlossen worden. Die Preise steigen jetzt wieder und machen die Mine eventuell rentabel.

Auch im militärischen Bereich wird nach wie vor zusammengearbeitet. China leistet unter anderem Unterstützung bei der Ausbildung. Ende 2016 stattete eine ranghohe chinesische Militär-Delegation Zimbabwe einen offiziellen Besuch ab. ■

Kamerun:

Stoff für «ethnische» Konflikte und Sezession

Kamerun liefert gerade das klassische Beispiel für die Genese von Konflikten, die in späteren Stadien als ethnisch oder secessionistisch bezeichnet werden: Die von der französischsprachigen Mehrheit dominierte Zentralregierung bedient vorzugsweise ihre Klientel mit Jobs – zum Nachteil der englischsprachigen Lehrer und Juristen, die tendenziell in oppositionellen Parteien organisiert sind. Proteste von Lehrern in Bamenda, der Hauptstadt des englischsprachigen Nordens, wurden militärisch bekämpft. Die Protestierenden verwahrten sich dagegen, dass die Zentralregierung immer wieder französischsprachige Lehrer in diesem Landesteil einsetzt, und solche auch für den Englischunterricht an französischsprachigen Schulen bevorzugt werden. ■

Gambia:

Machtwechsel

Der Druck des UN-Sicherheitsrats und des westafrikanischen Zusammenschlusses ECOWAS hat gefruchtet. Es ist vor allem dem beherzten Vorgehen Senegals und einer letzten Vermittlung durch Guinea und Mauretanien zu verdanken, dass der vor 22 Jahren durch einen Putsch an die Macht gekommene Yahya Jammeh am 21. Januar 2017 das Land verlassen hat und Adama Barrow, der Wahlsieger vom 1. Dezember 2016, die Präsidentschaft übernehmen konnte. ■

Nigeria:

Whistleblowers willkommen

Die nigerianische Regierung hat ein Programm zur Belohnung von Whistleblowers gutgeheissen, die Korruption und andere Finanzdelikte aufdecken. ■

DRC:**Kommt es zum Regierungswechsel?**

Seit über einem Jahr ist Joseph Kabila bemüht, das verfassungsmässige Ende seiner Präsidentschaft nach zwei Amtszeiten zu verhindern: Die für die Wahlen nötige Revision des Wählerregisters blieb unterfinanziert und lieferte die Basis für die Verschiebung der Wahlen. Die Parlamentsmehrheit erlaubte daraufhin eine Verlängerung des Mandats bis 2018. Nachdem die Proteste seit Mai 2016 stetig anschwellen und immer blutiger bekämpft wurden (seit September gab es über 100 Tote und zahllose Verhaftungen), hat sich die katholische Kirche als Vermittlerin eingeschaltet. In den letzten Minuten vor Jahreswechsel wurde eine Übereinkunft von Regierungs- und Oppositionsvertretern unterschrieben, die eine Übergangsregierung mit einem oppositionellen Premier bis Ende 2017 vorsieht. Seither scheint der Kongo zur Ruhe gekommen. ■

Sahelregion:**Erkaufter Migrationsstop?**

Mehrere Länder der Sahelregion erhalten inzwischen von der EU saftige finanzielle Unterstützung für das Zurückhalten von Migranten, die sich durch ihre Länder Richtung Norden bewegen – allein Niger erhielt über 600 Mio, Mali 150 Mio EUR. Die EU hat Ende 2015 ein Programm zur Verhinderung der Migration mit 1,9 Mia USD dotiert. Die UN-Organisation für Migration (IOM) hat Lager errichtet und organisiert die Rückführung der Aufgehaltenen aus den Transitländern. In Mali ist nun erstmals Protest gegen diese Dienstwilligkeit der Regierungen gegenüber ihren früheren Kolonialherren angekommen. ■

Susy Greuter

Trauerspiel mit Schweizer Beitrag

Pikant an den grossen, von der politischen Nomenklatura afrikanischer Staaten ausgehenden Finanz- und Korruptionsskandalen ist immer wieder die Rolle westlicher Finanzinstitute. Im tragischen Finanz-Gau des mosambikanischen Staates aufgrund von geheim gehaltenen Krediten in der Höhe von zwei Milliarden US-Dollar rücken die involvierten Banken, die Credit Suisse (CS) und die russische VTB immer mehr ins Rampenlicht. Insbesondere die Wochenzeitung, NZZ und die Handelszeitung berichteten mehrfach. Kontrapunkt, der Rat für Wirtschafts- und Sozialpolitik, veröffentlichte einen offenen Brief, der von zahlreichen Persönlichkeiten unterschrieben wurde. Die Frage lautet, ob die Banken ihre Verantwortlichkeit verletzt haben und die CS ihre PR «unternehmerische und gesellschaftliche Verantwortung liegt in unserer DNA» unbehelligt weiterführen kann.

Die parlamentarische Untersuchungskommission in Maputo erhielt von Armando Guebuza, dem bis 2014 amtierenden Präsidenten die Auskunft, dass ursprünglich die ganzen zwei Milliarden Kredit für militärische Zwecke geplant waren und deshalb geheim gehalten wurden. CS-London tätigte 2013 zwar Recherchen im Land, dem eine Erdgas- und Rohstoffbonanza vorausgesagt wurde. Ist dabei kein Verdacht aufgekommen?

Im August 2013 entstand für die mosambikanischen Akteure die Notwendigkeit, aus dem Nichts eine zweite Empfängerfirma mit dem Zweck der Fischerei zu gründen: Da die CS die Kredite als Wertpapiere auflegte, d. h. als Bonds weiterverkaufte, musste ein unverdächtiges Kreditziel angeben werden. Ausserdem mussten für die Kredite Staatsgarantien zugesichert werden, was ebenfalls am Parlament vorbei und damit verfassungswidrig geschah. Wurde auch dieser Braten nicht gerochen? Das schweizerische Kriegsmaterial-Ausfuhrsgesetz enthält zwar Bestimmungen über die Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial, doch für allgemeines Kriegsmaterial komme das laut SECO nicht zur Anwendung. Inzwischen hat ein amerikanisches Gericht eine Untersuchung des Verkaufs von Anteilscheinen mosambikanischer Firmen durch die CS angestrengt. ■

Dem offenen Brief von Kontrapunkt schliesst sich auch das Afrika-Komitee an: <http://tinyurl.com/hwzkpccr>.

Susy Greuter

Völkerrecht versus Interessenspolitik

Europäische Politik und der Konflikt um die Westsahara

Die Westsahara, die ehemalige spanische Kolonie Sahara, wird seit 40 Jahren von Marokko widerrechtlich besetzt. Ein grosser Teil der sahrauischen Bevölkerung lebt seither in Flüchtlingslagern in Algerien, wo sie ihren Exilstaat, die Demokratische Arabische Republik Sahara, aufgebaut haben. Als ehemalige Kolonie hat die Bevölkerung ein Recht auf Selbstbestimmung: Mit dem Friedensvertrag von 1991 sind UNO-Blauhelme, die MINURSO, im Gebiet stationiert mit dem Auftrag, dieses Referendum durchzuführen. Doch bis heute konnte Marokko die Abstimmung verhindern – und plündert gleichzeitig die Bodenschätze des besetzten Gebietes. Elisabeth Bäschlin berichtet.

Das Recht der sahrauischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung ist international unbestritten und wird in UNO-Resolutionen in regelmässigen Abständen immer wieder bekräftigt. Kein Land der Welt hat bisher den marokkanischen Anspruch auf das Gebiet der Westsahara offiziell anerkannt. Trotz dieser klaren Rechtslage setzt sich keine europäische Regierung dafür ein, dass die Sahraouis zu ihrem Recht kommen: Die Situation in der Westsahara findet international kaum Interesse – auch nicht bei den demokratischen Staaten Europas!

Die einstige Kolonialmacht Spanien drückt sich

Als ehemalige Kolonialmacht stand Spanien in der Pflicht, für eine geordnete Entkolonisierung des Territoriums zu sorgen. Doch indem es mit dem Dreierabkommen von Madrid vom 14. November 1975 die Verwaltung der Westsahara an Marokko abtrat, stahl sich das Land aus seiner Verantwortung. Armeeangehörige empfinden es als Kränkung, dass sie das Gebiet aufgrund dieses Abkommens kampflos an Marokko übergeben mussten, und weite Teile der Zivilgesellschaft verstehen die Übergabe als Verrat an den Sahraouis. Die Westsahara ist deshalb in Spaniens Presse und Öffentlichkeit ein allgegenwärtiges Thema. Die unzähligen Partnerschaften von spanischen Gemeinden und Provinzen mit den Flüchtlingslagern zeigen die Verbundenheit mit den Sahraouis.

Produkteboykott

Coop will sich ab 2017 aus dem Handel mit Produkten aus der Westsahara zurückziehen, doch Migros, Denner und Volg behalten sie im Sortiment.

Ab Mitte April sind jeweils Westsahara-Melonen im Verkauf. Migros und Denner wollen dies weiterhin tun und argumentieren: Da die Früchte mit der eindeutigen Herkunftsbezeichnung «Westsahara» deklariert seien, könnten die Konsumenten und Konsumentinnen selbst entscheiden.

- Weitere Informationen zu wirtschaftlichen Verflechtungen und zur illegalen Ausbeutung der Westsahara: <http://www.wsrw.org/>.
- Speziell zur Tomatenproduktion: <http://tinyurl.com/zg6q4vz>.

Die nationale Politik trägt diesen Strömungen jedoch in keiner Weise Rechnung. Im Gegenteil, es wird alles versucht, um sich mit Marokko gut zu stellen, das als Bollwerk gegen afrikanische Migranten und Migrantinnen gesehen wird. Auch will Spanien seine Enklaven Ceuta und Melilla nicht durch Kritik an Marokko gefährden. Und schliesslich braucht die spanische Fischerei-Industrie dringend den Zugang zu den Küstengewässern vor Marokko, da vor Spanien nicht mehr genügend Fische zu fangen sind.

Das mächtige Veto Frankreichs

Als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat ist Frankreich der grosse Verbündete Marokkos und seiner Politik. Verbal markiert es zwar Neutralität im Konflikt um die Westsahara und hält das Prinzip der Selbstbestimmung scheinbar aufrecht – nutzt aber bei jeder Gelegenheit sein Vetorecht zu Gunsten Marokkos. «La grande nation» hat ihre ehemaligen Kolonien zwar politisch in die Unabhängigkeit entlassen, kulturell – und auch wirtschaftlich – sind diese jedoch weiterhin stark in die französische Politik eingebunden. Dies wird im Falle Marokkos besonders deutlich. Zahlreiche Franzosen und Französinen besitzen Immobilien und Unternehmensanteile in Marokko, der König und viele reiche Marokkaner und Marokkanerinnen haben Besitz in Frankreich; Politiker und Politikerinnen aller Parteien haben starke persönliche Bindungen zu Marokkos Elite. Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Marokko sind eng (u. a. Bank Paribas, Maroc Telecom, Dassault Aviation) und ein Grossteil der marokkanischen Exporte geht nach Frankreich. Dieses liefert Waffen an Marokko und unterhält einen grossen militärischen Ausbildungsstab bei den marokkanischen Streitkräften. Viele marokkanische Offiziere erhalten eine Ausbildung in Frankreich, wie dies auch in vielen anderen ehemaligen afrikanischen Kolonien der Fall ist.

Frankreich unterstützt daher die marokkanische Politik in der Westsahara bedingungslos. Diese Haltung hat sich in den letzten 40 Jahren nie geändert, egal ob es in Frankreich eine Links- oder Rechtsregierung gab.

Flüchtlingskrise führt zu Seitenwechsel Deutschlands

Auch Deutschland interessierte sich bisher kaum für den Konflikt und betrachtete ihn als regionale Frage, ohne explizite Parteinahme für die eine oder andere Seite. Es vertrat im Prinzip die Position der UNO und unterstützte das Recht der Sahraouis auf Selbstbestimmung und die Forderung nach einer Abstimmung. Deutsche Armeeangehörige arbeiten in der UNO-Friedenstruppe zur Überwachung des Waffenstillstandes in der Westsahara (MINURSO) mit.

Mit der Flüchtlingskrise in Europa hat sich die Position Deutschlands nun grundlegend verändert. Im Januar 2016 besuchten innerhalb weniger Tage zwei deutsche Minister Marokko, um einen Vertrag auszuhandeln. Darin verpflichtet sich Marokko, marokkanische Flüchtlinge aus Deutschland zurückzunehmen. Trotz Protesten von Menschenrechtsorganisationen wird Marokko damit zum «sicheren Land». Im Gegenzug verpflichtet sich Deutschland, die marokkanische Position im Gerichtsverfahren der Polisario gegen die Europäische Union EU zu unterstützen. Dies kommt einem klaren Seitenwechsel gleich!

EU ohne eigenständige Haltung

Die Nordafrika-Politik der EU wird zum grössten Teil durch Frankreich bestimmt und die Union hat bis heute keine eigenständige Haltung in der Beziehung zu den Maghreb-Staaten entwickelt. Bis in die 1990er Jahre haben die Linksregierungen der nordischen Staaten, Dänemarks, der Niederlande und Österreichs zwar eine eher wohlwollende Linie der Polisario gegenüber verfolgt, sich aber kaum in die EU-Politik eingebracht. Und die Polisario hat es zu dieser Zeit versäumt, diese Staaten als Gegengewicht zur Politik Frankreichs aufzubauen.

1996 hat die EU ein Assoziierungsabkommen mit Marokko unterzeichnet, das seit 2000 in Kraft ist und dem Königreich den Zugang zum europäischen Markt erleichtern soll. 2012 folgte ein Freihandelsabkommen mit Marokko für die Einfuhr von landwirtschaftlichen Gütern, wobei das Gebiet, für welches das Abkommen gelten soll, nicht klar umschrieben ist. Dasselbe gilt für das 2014 in Kraft getretene Fischerei-Partnerschaftsabkommen. Dieses gibt den Schiffen der EU Zugang zu den «marokkanischen» Gewässern, im Gegenzug erhält Marokko 30 bis 40 Millionen Euro an Finanzhilfe.

Die unklaren Territorialbezeichnungen in den beiden Abkommen lassen die Interpretation zu, dass die Westsahara in den Verträgen eingeschlossen sei. Marokko betrachtet dies als Bestätigung seines Anspruchs auf die Westsahara.

Nachdem es der Polisario trotz grosser Anstrengungen nicht gelungen ist, die EU-Abgeordneten von der Illegalität der Abkommen zu überzeugen, hat sie 2014 beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen das Freihandelsabkommen eingereicht. Am 10. Dezember 2015 hat der EU-Gerichtshof den Vertrag tatsächlich annulliert, da das Gebiet, auf das sich der Vertrag bezieht, nicht klar umschrieben sei. Auf Antrag der EU-Kommission und diverser Länder (u. a. Frankreich und Deutschland) hat sich der Gerichtshof nochmals mit der Frage befasst und am 21. Dezember 2016 seinen endgültigen Entscheid bekannt gegeben: Die Verträge zwischen der EU und Marokko sind nicht anwendbar auf das Gebiet der Westsahara. Da damit die Polisario auch nicht von den Verträgen betroffen ist, wurde ihre Klage abgewiesen. Trotzdem ist die Begründung des Urteils ein klarer Erfolg für die Sahraouis.

Auch die Schweiz vertritt offiziell die Position der UNO und unterstützt das Selbstbestimmungsrecht der Sahraouis. In letzter Zeit hat sie der UNO Mediatoren und Minenexperten zur Verfügung gestellt. Nach Aussage des SECO gelten Abkommen mit Marokko nicht für das Gebiet der Westsahara.



Protest im Flüchtlingslager Boujdour im März 2015 (Bild: Esther Bäschlin).

Illegale Ausbeutung der Westsahara

Ungeachtet solcher Überlegungen beutet Marokko das Gebiet der Westsahara hemmungslos aus: die Phosphatminen von Bou Crâa, die Fischgründe und was sich nur irgendwie anbietet. Die marokkanische Fischindustrie wurde in den letzten Jahrzehnten in die Westsahara verlegt, die Häfen von Dakhla und Laâyoune zu diesem Zweck stark ausgebaut. Den grössten Profit werfen aber die Fischfanglizenzen ab, die Marokko an andere Staaten vergibt, insbesondere an Mitglieder der EU, aber auch an Russland, wie Western Sahara Resource Watch (WSRW) berichtet.

Seit Jahren vergibt Marokko auch Prospektionsrechte für Erdöl an ausländische Firmen, bisher allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Es wurden keine grossen Vorkommen gefunden. In letzter Zeit hat Marokko zudem grosse Anstrengungen für die Nutzung von Sonnen- und Windenergie unternommen, zu einem guten Teil in der besetzten Westsahara. «Bis 2020 wird Marokko mehr als ein Viertel seiner grünen Energie in einem Gebiet produzieren, das es selbst besetzt hält», besagt ein WSRW-Bericht. Verschiedene europäische Firmen sind beteiligt, so auch die deutsche Siemens, welche die Ausschreibung dank der Partnerschaft mit einer marokkanischen Firma, die König Mohamed VI gehört, gewonnen hat.

Der König ist auch Besitzer von grossen Landwirtschaftsanlagen in Dakhla, wo mitten im ariden Gebiet dank Bewässerung mit nicht erneuerbarem Grundwasser auf 600 Hektaren in Plastiktunnels Tomaten und Melonen für den europäischen Markt produziert werden.

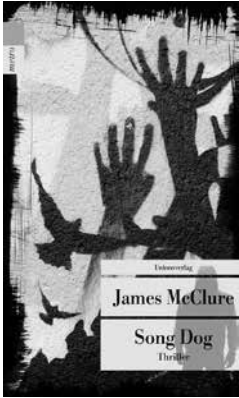
In der Schweiz, wie auch in anderen europäischen Ländern, wird verlangt, dass diese Güter nicht unter der Herkunftsbezeichnung «Marokko» verkauft werden dürfen, sondern korrekt mit «Westsahara» angeschrieben werden. Es gilt, diese Waren zu boykottieren. Ihr Kauf füllt die Taschen des Königs und stärkt die illegale Besetzung des Gebietes. ■

Esther Bäschlin präsidiert das Schweizerische Unterstützungskomitee für die Sahraouis SUKS. Zudem führt die Geographin das Sekretariat der parlamentarischen Gruppe Westsahara. Kontakt: suks@arso.org.


Literatur und Musik

Buchbesprechungen und neue CDs

Schriller Thriller aus Südafrika



ef. Zu Beginn ist die Lektüre fast nicht auszuhalten. Da ist von unbedarften und blöd grinsenden oder aber von frech dreinschauenden Kaffern die Rede, deren Namen sich zu merken sich eh nicht lohnt. Die Ironie in der Beschreibung der rassistischen Weltsicht weisser Polizisten und Grossgrundbesitzer im südafrikanischen Hinterland erschliesst sich nicht auf den ersten Blick. Der Autor wirft die Leserschaft schonungslos mitten hinein in die Widerwärtigkeit und die schwer vorstellbare Brutalität der Apartheidgesellschaft. Und auch Weisse bekommen ihr Fett ab, respektlos und ohne Angst vor krassen Bildern porträtiert der 1936 geborene James McClure, der als kritischer Journalist überwacht und drangsaliert wurde, bis er 1965 nach England emigrierte, in wenigen Pinselstrichen einige üble und erbärmliche Gestalten.



Nach und nach nimmt jedoch die spannende Handlung des Krimis gefangen. Lieutenant Tromp Kramer vom Morddezernat Trekkersburg untersucht in Zululand ein Sprengstoffattentat, dem eine junge weisse Frau und ein Polizist zum Opfer gefallen sind. So richtig in die Gänge kommen die Ermittlungen aber erst, als Kramer Michael Zondi anheuert. Der «Bantu-Sergeant», der in einer andern Sache ermittelt – einer Angelegenheit unter Schwarzen eben – rettet ihm nicht nur das Leben, sondern kennt sich auch bestens in den lokalen Verhältnissen aus und ist ein ebenso scharfer Analytiker und unermüdlicher Wahrheits-sucher wie Kramer. Ihre Ermittlungen werden immer wieder von inkompetenten Kollegen und korrupten Amtsstellen behindert, doch die beiden, die sich trotz allen Vorurteilen viel Respekt entgegenbringen, sind als Team erfolgreich, weil sie gemeinsam Zugang zu beiden Welten haben,

zu weissen Gutsbesitzern und Afrikaaner-Kleinbürgerfamilien ebenso wie zu schwarzen Tagelöhnern und traditionellen Heilerinnen.

Song Dog ist der erste einer Reihe von acht Krimis mit Kramer und Zondi, die der Unionsverlag neu herausgibt. Man darf gespannt sein, wie sich ihre Zusammenarbeit entwickelt. ■

James McClure: Song Dog. Zürich 2016 (Unionsverlag).

Spurensuche in Kuba

ef. Tierno Monénembo, der bekannte Schriftsteller aus Guinea, beschränkt seine Romanwelt nicht auf Afrika, sondern verfolgt auch die Spuren, die Afrikaner und Afrikanerinnen seit langem auf andere Kontinente geführt haben. So schildert er in seinem preisgekrönten Roman *Le terroriste noir* (2012) einen Schwarzen, der während des Zweiten Weltkriegs in der französischen Résistance kämpfte. Im vorliegenden Roman reist der junge Guineer Tierno Alfredo Diallovogui nach Havanna, um mehr über die Geschichte seiner kubanischen Mutter Juliana zu erfahren. Sie hat ihn als Fünfjährigen in Guinea zurückgelassen. Als einzige Erinnerung ist ihm ein Lied geblieben und das Wissen, dass sie immer einen Reif in Form einer kupfernen Schlange am Arm trug.

Erzählt wird die Geschichte, von der wir von Anfang an ahnen, dass sie nicht gut ausgehen wird, von Ignacio, einem gutmütigen Tagedieb, der sich Touristen an die Fersen heftet, um etwas Geld zu verdienen und nebenbei auch noch dem Geheimdienst Informationen liefert. Tierno, in Kuba El Palenque genannt, taucht mit Begeisterung ins kubanische Nachtleben ein, tanzt wie ein Kubaner und teilt Musik, Alkohol und allerlei Ausschweifungen mit seinen neuen Freunden, ohne sich der Machtstrukturen bewusst zu sein, die auch diese Szene

durchziehen. Um die kriminellen Machenschaften, deren Opfer Juliana geworden ist, zu vertuschen, wird er bei seinen Nachforschungen eng beobachtet, kann sich der Bedrohung seines Lebens nur durch Glück entziehen und wird schliesslich aus Kuba ausgewiesen, bevor er die Wahrheit entdeckt.

Die raffiniert erzählte Geschichte, in der sich die Wahrheit nach und nach wie in einem Puzzle erschliesst, ist im heutigen Kuba verortet. Sie schildert Leichtigkeit und Lebensfreude ebenso wie politische Erstarrung und Morosität des Landes. Gleichzeitig ist sie verwoben mit der Welt: mit Guinea, das unter Sékou Touré (1958–84) als «sozialistisches Bruderland» mit Kuba verbunden war; mit Frankreich, wo der Romanheld ein Feinkostgeschäft betreibt; mit Persien, dessen Dichter Omar Khayyam für Poet, den unglücklichen ehemaligen Verlobten Julianas, zum einzigen Trost wird. ■

Tierno Monénembo: Kubas Hähne krähen um Mitternacht. Wuppertal 2016 (Peter Hammer Verlag).

Neue Musik aus dem südlichen und westlichen Afrika

Allgemein ist ja die lusafrikanische Musik melancholisch und ergreifend. Dies trifft auch auf die Musik Angolas zu. Ein wichtiger angolischer Musikstil ist Semba. Eine moderne, sehr tanzbare Weiterentwicklung ist als Kizomba bekannt. Einer der Semba seit Jahrzehnten pflegt, aber sich auch immer wieder mit anderen Stilen beschäftigt hat, ist der grosse angolische Musiker Bonga Kwenda (Barcelo de Carvalho) geboren 1942 in Luanda. Bonga ist und war nicht nur Künstler sondern auch politischer Aktivist, Fussballer bei Benfica und unermüdlicher Kämpfer gegen den Kolonialismus. Dies führte dazu, dass er das portugiesische Kolonialreich verlassen musste und sich 1972

in Paris niederliess. So war Bonga einer der ersten lusafrikanischen Musiker welcher in Europa aktiv war, Liveauftritte gab und mit verschiedensten (Welt-)Musikerinnen und Musikern zusammenarbeitete. Insbesondere seine Zusammenarbeit mit brasilianischen Musikern ist nicht zu übersehen, in der er sich mit dem historischen Wechselspiel zwischen Angola und Brasilien auseinandersetzt, beginnend mit kolonialen Untaten wie Verschleppung und Sklaverei. Darauf fusst übrigens auch Capoeira, der ursprünglich in Angola entstandene Kampfsport und Musikstil, der bis heute in Brasilien und anderswo grosse Aktualität hat.

Bongas Beitrag zur angolischen Musik ist enorm und sein Werk dementsprechend ebenso. Nun liegt eine neue Platte vor.

Recados de Fora ist ein gekonnter Streifzug durch die lusafrikanische Musik mit Bezügen zu den Kapverden, Sao Tomé oder Guinea Bissau. Bongas unverwechselbare Stimme, sein Engagement und seine Menschlichkeit sind immer noch voll da. Bester Semba – zeitlose Musik.

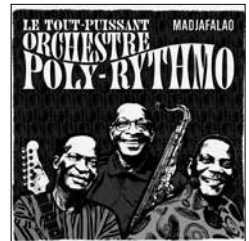
Auch von einer anderen musikalischen Institution gibt es eine neue Scheibe. Le Tout-Puissant Orchestre Poly-Rythmo de Cotonou, Benins legendäre Big Band, die seit den 1970er Jahren unterwegs ist, präsentiert Madjafalao – frisch, tanzbar und immer mit einer Portion Voodoo-Rhythmus. Afrobeat, Jazz, Rumba, Soukous und afrokubanische Einflüsse geben den Ton an. Trotz des Todes des charismatischen Bandleaders Mélomé Clément überstand das Orchester alle

Stürme und Lead-Sänger Vincent Ahéhéhinou – ebenfalls ein Urgestein – führt nun die Band in neue Höhen. Spannungsvoll treibende Gesänge, starke Bläser, giftige Gitarren und Orgeln erzeugen einen unverkennbaren Rhythmus. Fantastische Live-Musik. ■

Bonga: Recados de Fora. CD. 11 Tracks. Lusafrika 2016.

Le Tout-Puissant Orchestre Poly-Rythmo de Cotonou: Madjafalao. LP 8 Tracks, CD 10 Tracks. Because Music 2016.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch. www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.



Tagung zu Rohstoffkonzernen in Basel

Am 28. und 29. Oktober 2016 fand in den Basler Afrika Bibliographien die fünfte von KEESA, dem Zentrum für Afrikastudien, Afrika-Komitee und Solifonds gemeinsam organisierte Tagung statt. Sie befasste sich mit den Auswirkungen der Tätigkeit von internationalen Rohstoffkonzernen auf die Gastländer und deren Bevölkerung im südlichen Afrika. Im Zentrum stand die Frage, weshalb die extraktive Industrie nicht mehr für die Allgemeinheit zu leisten vermag. Eine Antwort darauf gab Dick Forslund vom Alternative Information & Development Centre (AIDC) in Kapstadt, der im Auftrag der Farlam-Kommission die Rechnungsunterlagen des Platinunternehmens Lonmin durchsuchte. Es ging um die Frage, ob Lonmin in der Lage gewesen wäre, die

von den streikenden Arbeitern in Marikana geforderten Lohnerhöhungen zu bezahlen. Forslund zeigte das undurchsichtige, hochkomplexe Geflecht des Konzerns und seiner Tochtergesellschaften auf, das die Verschiebung von Profiten in Steuerparadiese erlaubt. Er wies nach, dass so nicht nur Millionen am Fiskus vorbei transferiert, sondern auch zum Schaden der Arbeiter und Aktionäre zum Verschwinden gebracht wurden. Fachleute von AllianceSud und Fastenopfer stellten Massnahmen vor, die geeignet sind, solche Praktiken zu unterbinden, an erster Stelle die von vielen Hilfswerken und NGOs getragene Konzernverantwortungsinitiative.

Caroline Ntoapane vom regionalen Netzwerk WoMin zeigte, wie das Leben von Frauen durch die extraktive Industrie betroffen ist. Sie führte die

vielen und massiven gesundheitlichen Risiken durch Wasser- und Luftverschmutzung sowie Lärmimmissionen an, sprach aber auch über die miserablen Arbeitsbedingungen für Frauen in den Bergwerken.

Über den Widerstand der Amadiba an der Wild Coast in Südafrika berichtete die Aktivistin Nonhle Mbuthuma. Die Amadiba wollen verhindern, dass das australische Unternehmen MRC an ihrer Küste Titan abbaut. Zwar hat MRC bisher keine Förderbewilligung erhalten, wegen des Konflikts ist in Xolobeni jedoch kein normales Leben möglich. •

Einen ausführlichen Bericht über die Tagung in englischer Sprache finden Sie unter <http://www.apartheid-reparations.ch/de/news.php>.

Im Rückspiegel: Reaktionen auf das Afrika-Bulletin zu Eritrea

hus. In Medien und Politik wird Eritrea als Paria gehandelt. Dies hat viel damit zu tun, dass der Staat, der hart für seine Selbstbestimmung gekämpft hat, eine starke Kontrolle ausübt – über seine Bürger wie auch über Information. Eine differenzierende Diskussion über Eritrea scheint nicht möglich. Grund genug, im letzten Afrika-Bulletin einen Blick hinter die Kulissen zu versuchen.

Mit zehn Mails war das Echo gross, und es war unterschiedlich: Auf der einen Seite Dank und Anerkennung dafür, dass auch einmal Aspekte aufgegriffen wurden, auf die in der gängigen Medienberichterstattung nie eingegangen worden war, auf der anderen Seite Erstaunen und Kritik, dass nicht mehr über die Gründe zum Massensexodus oder über Flüchtlingsschicksale berichtet wurde. Anerkennende Mails oder die Bestellung gleich mehrerer Zusatzexemplare durch einen Leser, zur Verteilung in seinem Bekanntenkreis, freuen uns natürlich. Danke für diese Rückmeldungen.

Diese Reaktionen – ob positiv oder negativ – sind wertvoll, denn sie zeigen: Wir haben in ein Wespennest gestochen. Das Thema Eritrea konnte naturgemäss nicht

umfassend dargestellt werden. Die Redaktion musste sich mit den Artikeln auf einige Aspekte konzentrieren, zwangsläufig kamen damit andere zu kurz.

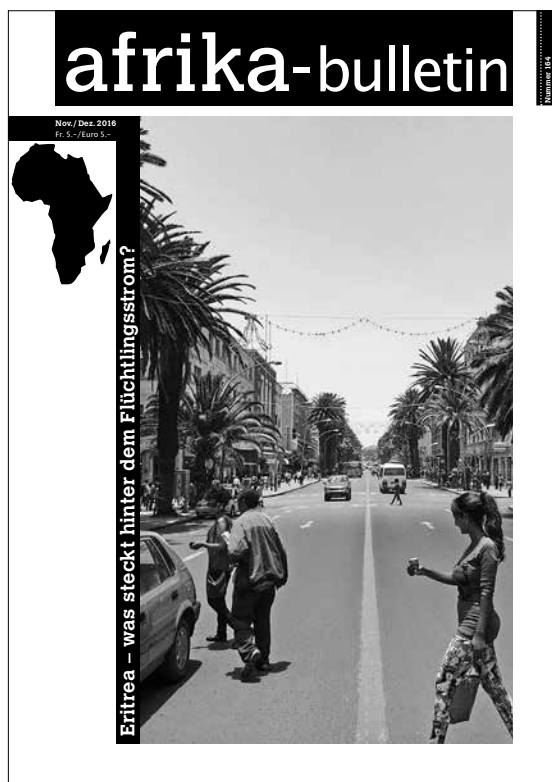
Zwei Zuschriften monieren, dass wir zuwenig auf die Menschenrechtsfrage und die Fluchtgründe eingegangen sind. Im Afrika-Bulletin sind wir in der Tat nur knapp auf die Massenemigration und ihre Ursachen eingegangen, diese standen für uns konzeptionell nicht im Fokus. Die in den Medien vorherrschende Fokussierung auf Flüchtlinge und Flüchtlingsschicksale verstellt nach unserer Auffassung den Blick aufs Ganze. Gerade diesen Blick wollten wir ermöglichen und Errungenschaften im Gesundheitswesen, im Schulwesen oder für Behinderte darstellen, Erfolge, die in den Nachbarländern Eritreas alles andere als selbstverständlich sind. Auch die ständige militärische Bedrohung durch Äthiopien ist in der Presse kein Thema.

Zwei andere Reaktionen: In einem Fall wurde im Zusammenhang mit der im Frühjahr 2016 erfolgten Reise von schweizerischen Parlamentarier und einer Regierungsrätin unsere Kritik an der damaligen Kritik beanstandet. Aber warum? Das wird nicht ersichtlich. Wir vermuten, es ist weil wir ein Kritikmuster hinterfragt haben. Wir haben die Deutungshoheit über Eritrea in Frage gestellt. In der anderen Zuschrift wurde gefordert, dass der Schreibende des Beitrags «Fakten, Bilder, Vorurteile – Die Schweiz und Eritrea» seine Interessenbindung offenlege. Was mag hinter einem derartigen Ansinnen stecken? Eine Verunsicherung, weil plötzlich eine andere, nicht gängige Denkweise dargelegt wird?

Ein Leser ist enttäuscht vom Afrika-Bulletin: «Eritrea ist ja wirklich ein Thema, das auf enorm grosses Interesse stösst und welches auch mit grosser Ernsthaftigkeit behandelt werden sollte.» Gerade das beabsichtigten wir mit den fünf verschiedenen Artikeln. Schade, wenn dies nicht überall so wahrgenommen wurde.

Mit unserer Ausgabe wollten wir etwas Bewegung in die Eritrea-Diskussion bringen. Bewegung ist eingetreten: Im November 2016 hat der Schweizer Bundesrat seine Politik gegenüber Eritrea überraschend geändert. Er bewilligte in einem ersten Schritt zwei Millionen Franken für die Ko-Finanzierung eines finnischen Ausbildungsprojekts. Zudem kündigte er an, offen für eine weitere vertiefte Entwicklung zu sein. Diese Kursänderung geht in die richtige Richtung.

Eritrea ist ein Thema, das offensichtlich bewegt. Für uns heisst das: Wir bleiben dran! ■



Link zum ausführlichen Interview mit Hans-Ulrich Stauffer, das auf «OnlineReports» abgerufen werden kann: <http://tinyurl.com/za13vau>.